



Verwaltungsrat

356. Tagung, Genf, 23. März–2. April 2026

Institutionelle Sektion

INS

Datum: 2. März 2026

Original: Englisch

Zehnter Punkt der Tagesordnung

Entwicklungen im Zusammenhang mit der Entschlieung über die Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine unter dem Aspekt des Mandats der Internationalen Arbeitsorganisation

► Einleitung

1. Auf seiner 344. Tagung im März 2022 nahm der Verwaltungsrat eine Entschlieung über die Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine unter dem Aspekt des Mandats der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) ¹ an, in der er die Bedeutung des Mandats der IAO in Konfliktzeiten hervorhob. In der Entschlieung wird das Amt aufgefordert, den dreigliedrigen Mitgliedsgruppen in der Ukraine Unterstützung zukommen zu lassen und die fachliche Zusammenarbeit oder Hilfe für alle anderen in den Zuständigkeitsbereich des Fachuntersttzungsteams der IAO für menschenwürdige Arbeit und Landesbros für Osteuropa und Zentralasien (DWT/CO-Moskau) fallenden Länder fortzuführen, gleichzeitig jedoch die fachliche Zusammenarbeit oder Hilfe der IAO für die Russische Föderation, mit Ausnahme von humanitärer Hilfe, vorübergehend einzustellen, bis ein Waffenstillstand vereinbart und eine friedliche Lösung umgesetzt ist. Auf seiner 355. Tagung im November 2025 betonte der Verwaltungsrat erneut die Notwendigkeit, die Auswirkungen der Aggression auf die Arbeitswelt weiter zu verfolgen, insbesondere durch die Zusammenarbeit mit den maßgeblichen Organen der

¹ GB.344/Resolution.

Vereinten Nationen (UN) bei der Bewertung von Rechtsverletzungen und der Situation der von dem bewaffneten Konflikt besonders betroffenen Beschäftigten.

► Auswirkungen auf die Arbeitswelt in der Ukraine

2. Nach Angaben der UN-Mission zur Überwachung der Menschenrechtssituation in der Ukraine (HRMMU) war 2025 das tödlichste Jahr für die Zivilbevölkerung in der Ukraine seit 2022: Im Laufe des Jahres wurden bei Russland zugeschriebenen Angriffen mindestens 2.514 Zivilpersonen getötet und 12.142 verletzt.² Das Hohe Kommissariat der Vereinten Nationen für Menschenrechte (OHCHR) wies auf die verstärkten Angriffe auf die ukrainische Energieinfrastruktur hin, die mit dem Einbruch des Winters zu weitreichenden Ausfällen von Strom, Heizung und Wasser führten, was die Lebensbedingungen der Zivilbevölkerung, insbesondere verletzlicher Gruppen, weiter verschlechterte und sich auch auf Unternehmen und Beschäftigte auswirkte.³
3. Der Erwerbsbevölkerung verlangte der Konflikt nach wie vor hohe Kosten ab, da sich die Eskalation des Krieges zunehmend auf die Arbeitswelt auswirkt, Beschäftigte in kritischen Sektoren gravierenden Risiken aussetzt, Lebensgrundlagen beeinträchtigt und das Funktionieren systemrelevanter Dienste und industrieller Aktivitäten untergräbt. Allein in den ersten Wochen des Jahres 2026 wurden 46 Beschäftigte verletzt, 8 davon tödlich. Nach Angaben des ukrainischen Gewerkschaftsverbands der Transportarbeiter wurde am 19. Dezember bei einem Raketenangriff auf eine im Hafen gelegene Infrastruktureinrichtung ein Bus mit Schichtarbeitern getroffen, bei dem acht Menschen getötet und mehr als 30 verletzt wurden.⁴ Wie der Bund der freien Gewerkschaften der Ukraine (KVPU) berichtete, wurden bei einem Drohnenangriff am 7. Januar 13 Mitarbeiter des Stadtrats von Nikopol in der Region Dnipropetrowsk verletzt. In der Nacht zum 9. Januar wurde in Kyjiw ein Rettungssanitäter getötet.⁵ Am 13. Januar erlitten bei einem Raketenangriff auf eine Einrichtung von Nova Poshta in der Region Charkiw 8 Arbeitskräfte Verletzungen, 4 davon tödlicher Art.⁶ Schließlich wurden vor dem Hintergrund einer weiteren Zunahme der Angriffe am 1. Februar in der Region Dnipropetrowsk bei einem Drohnenangriff auf einen Bus 12 Menschen, darunter Bergarbeiter, getötet und 7 weitere verletzt. Während des darauffolgenden Beschusses des Bergwerks waren 91 Arbeiter gezwungen, unter gefährlichen Bedingungen unter Tage zu bleiben.⁷
4. Angriffe auf die Infrastruktur, insbesondere auf Energieanlagen, bringen die Beschäftigten in ernsthafte Gefahr. In einer Erklärung vom 16. November 2025 berichtete der KVPU, dass die Büros der Freien Gewerkschaft der Eisenbahner der Ukraine und der Unabhängigen Gewerkschaft der Bergleute der Ukraine zu einem früheren Zeitpunkt des Jahres zerstört wurden.⁸ Allein im Dezember 2025 wurden mindestens 27 Anschläge auf Einrichtungen der Energieinfrastruktur verübt, was gravierende Folgen für die Beschäftigten hatte. Bei einem Angriff auf die Region Dnipropetrowsk am 5. November 2025 wurde die Stromversorgung von acht Kohle-

² OHCHR, „[Protection of civilians in armed conflict](#)“, Pressemitteilung, 12. Januar 2026.

³ OHCHR, „[High Commissioner Türk on Ukraine: the plight of civilians has become even more unbearable](#)“, Pressemitteilung, 16. Dezember 2025.

⁴ Schreiben des ukrainischen Gewerkschaftsverbands der Transportarbeiter vom 24. Januar 2026.

⁵ KVPU, „[Statement of the KVPU on the Critical Situation in Ukraine after Russian Attacks](#)“, 9. Januar 2026.

⁶ Schreiben des KVPU vom 23. Januar 2026.

⁷ Schreiben des KVPU vom 2. Februar 2026.

⁸ KVPU, „[Ukrainian Unions APPEAL to the European Trade Unions](#)“, 16. November 2025.

bergwerken unterbrochen. Zu dem Zeitpunkt befanden sich 2.595 Bergleute unter Tage, die gerettet werden konnten. Am 6. Dezember wurden bei Angriffen auf die Infrastruktur für den Personenverkehr der Bahnhof Fastiw und ein nahegelegenes Depot zerstört, und 46 Bahnhofsmitarbeiter waren genötigt, Schutz zu suchen. Am 22. Dezember entgleiste infolge einer Explosion in der Nähe von Eisenbahngleisen in Korosten in der Region Schytomyr ein Güterzug, wobei vier Bahnarbeiter verletzt wurden. Bei drei weiteren Angriffen im Dezember waren Logistikstandorte und zivile Infrastrukturen betroffen. In der Nacht vom 20. Januar 2026 wurden bei Angriffen auf Knotenpunkte der Energieinfrastruktur Anlagen getroffen, die Standorte in der Sperrzone von Tschernobyl mit Strom versorgen. Auch Gewerkschaftseinrichtungen sind nicht ausgenommen.

5. In der EntschlieÙung des Verwaltungsrats vom März 2022 werden die Mitgliedstaaten der IAO aufgefordert, im Einklang mit dem innerstaatlichen Recht und dem anwendbaren Völkerrecht Maßnahmen zu ergreifen, um den Schutz der Arbeitnehmerrechte und ein sicheres Umfeld für alle aus der Ukraine fliehenden Menschen, insbesondere wenn sie sich in Situationen der Verletzlichkeit befinden, zu gewährleisten. Nach Angaben des Hohen Flüchtlingskommissariats der Vereinten Nationen (UNHCR) stieg die Zahl der ins Ausland vertriebenen Ukrainer bis Mitte Januar 2026 auf rund 5,6 Millionen, von denen sich etwa 5,3 Millionen in Europa befanden.⁹ Innerhalb der Europäischen Union (EU) genossen mit Stand vom 30. November 2025 4,33 Millionen Geflüchtete aus der Ukraine vorübergehenden Schutz, wobei die höchsten Pro-Kopf-Konzentrationen in Polen, der Slowakei und Tschechien zu verzeichnen waren. Das demografische Profil der unter vorübergehendem Schutz stehenden Personen hat erhebliche Relevanz für den Arbeitsmarkt: 43,6 Prozent waren erwachsene Frauen, mehr als die Hälfte befand sich im Haupterwerbsalter (35 bis 64 Jahre), und nahezu ein Drittel waren Minderjährige. Nach Daten von Eurostat waren in den Bericht erstattenden EU-Mitgliedstaaten im November 2025 268.000 Personen, die vorübergehenden Schutz genossen, als arbeitslos gemeldet, mehrheitlich Frauen im Alter von 25 Jahren und älter.¹⁰ Für Binnenvertriebene gestaltet sich die Lage zunehmend schwierig, da Millionen von Menschen aufgrund von Anschlägen auf die Energieinfrastruktur bei Minustemperaturen ohne eine zuverlässige Wärme-, Wasser- oder Stromversorgung auskommen müssen.¹¹ Zudem ergab eine Untersuchung der Internationalen Organisation für Migration (IOM), dass 54 Prozent der Binnenvertriebenen in Mietunterkünften leben, was sie in wirtschaftlicher Hinsicht verletzlicher macht.¹²
6. Auch 2025 und Anfang 2026 waren die makroökonomischen Bedingungen instabil. Dennoch erwies sich die Wirtschaft als widerstandsfähig, und das BIP wuchs 2025 um real 2,2 Prozent, während für 2026 1,8 Prozent prognostiziert werden. Getragen wurde dieses Wachstum vor allem durch die Verbrauchernachfrage, die Staatsausgaben und die rasche Expansion des Verteidigungssektors. Zugleich flossen zunehmend Ressourcen in den Wiederaufbau, auch wenn der Arbeitskräftemangel die Wirtschaftstätigkeit hemmte. Dank eines Rückgangs der Lebensmittelpreise und einer Stabilisierung der Importpreise ließ der Inflationsdruck nach, doch dürfte die Inflation angesichts des anhaltenden Arbeitskräftemangels und des starken Lohnwachstums auf hohem Stand verbleiben.¹³

⁹ UNHCR, *Ukraine Situation: UNHCR's 2026 plans and financial requirements*, Januar 2026.

¹⁰ Eurostat.

¹¹ UNHCR, *Ukraine Situation: UNHCR's 2026 plans and financial requirements*.

¹² IOM, „Over a Million of Displaced Ukrainians Forced to Exhaust Their Savings to Cover Rent“, 12. November 2025.

¹³ OECD, *OECD Economic Outlook: Resilient Growth but with Increasing Fragilities*, Volume 2025, Issue 2, Dezember 2025.

7. Dieser Druck zeigte sich auch in Umfragen bei Unternehmen, deren Erwartungen im Dezember 2025 angesichts des sich verschlechternden Sicherheitsumfelds weiterhin gedämpft waren. Die Energieerzeugung unterlag Ende 2025 erheblichen Störungen, da häufige russische Angriffe auf die Energieinfrastruktur zu weitreichenden Ausfällen und einer erhöhten Abhängigkeit von Importen führten, was die Stromversorgung für die Industrie einschränkte und zu einem Rückgang der industriellen Aktivität beitrug. Auch in den Sektoren Kohlebergbau und Metallerzgewinnung wurde angesichts von erhöhten Energiekosten und Produktionszwängen eine Verschlechterung der Bedingungen gemeldet. Der Geschäftserwartungsindex erreichte im Dezember 2025 zwar 49,2 Punkte, verharrte jedoch unterhalb von neutral.¹⁴
8. Engpässe im Arbeitskräfteangebot und ein anhaltender Fachkräftemangel übten auch 2025 einen Aufwärtsdruck auf die Löhne aus, obwohl das reale Lohnwachstum im Vergleich zu den Vorjahren moderater ausfiel. Zugleich blieben die Arbeitsmarktergebnisse mit begrenztem Beschäftigungswachstum und fortgesetzten Arbeitsplatzverlusten in einem erheblichen Teil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter insgesamt verhalten. Nach Angaben des staatlichen Pensionsfonds der Ukraine belief sich die Zahl der versicherten Arbeitnehmer im Zeitraum Januar bis November 2025 unverändert gegenüber dem gleichen Zeitraum 2024 auf 10,3 Millionen, womit der rückläufige Trend der Vorjahre zum Erliegen kam.¹⁵ Die Lohnzuwächse waren ungleichmäßig verteilt und fielen in Sektoren mit höheren Qualifikationsanforderungen stärker aus, ein Zeichen anhaltender Zwänge im Zusammenhang mit der Arbeitskräftenachfrage und struktureller Ungleichgewichte.¹⁶ Rund 81 Prozent der gemeldeten Arbeitslosen sind Frauen; zuvor waren es 55 Prozent.¹⁷

► Unterstützung der IAO für die dreigliedrigen Mitgliedsgruppen sowie bei der Umsetzung der Übergangskooperationsstrategie der IAO für die Ukraine 2024–25 und der Entwicklungszusammenarbeit in der Ukraine

Maßnahmen der Regierung und der dreigliedrigen Mitgliedsgruppen

9. Die Reform des Arbeitsrechts ist nach wie vor ein zentraler Bestandteil der Reformagenda der Ukraine. Im Anschluss an der dreigliedrigen Vereinbarung zur Reform des Arbeitsrechts, die im Juli 2025 unter Vermittlung der IAO unterzeichnet wurde, trugen mehrere vom Amt moderierte dreigliedrige Fachkonsultationen dazu bei, die noch bestehenden Diskrepanzen im Entwurf des Arbeitsgesetzbuchs zu beseitigen. Das Ministerium für Wirtschaft, Umwelt und Landwirtschaft erstellte daraufhin eine abschließende Fassung und ersuchte die IAO um fachliche Kommentare. Das Ministerkabinett genehmigte den Entwurf und übermittelte ihn im Januar 2026 an das Parlament (Registrierungsnummer 14386). Die Gewerkschaften, insbesondere die KVPU, bekundeten Bedenken hinsichtlich des Tempos des Verfahrens und der Notwendigkeit, einen inklusiven Prozess und einen wirksamen sozialen Dialog zu gewährleisten,

¹⁴ Ukrainische Nationalbank, „Businesses Continue to Report Restrained Performance Expectations – Business Outlook Survey in December“, 1. Januar 2026.

¹⁵ Ministerium für Wirtschaft, Umwelt und Landwirtschaft der Ukraine.

¹⁶ Weltbank, „Listening to Citizens of Ukraine Survey“, 8. Oktober 2025.

¹⁷ Ukrainische Nationalbank, „Statistics: Macroeconomic indicators“.

unter anderem in Schreiben vom 29. Dezember 2025 und 2. Februar 2026 an den Generaldirektor der IAO, in denen sie auf die beschleunigte Behandlung des Entwurfs in Regierungs- und Parlamentsstrukturen hinwiesen.¹⁸ In dem letzten Schreiben wird ausgeführt, dass die Behandlung des registrierten Entwurfs des Arbeitsgesetzbuchs im zuständigen Ausschuss der Werchowna Rada der Ukraine bereits für den 4. Februar 2026 und ohne gebührende Berücksichtigung der Standpunkte der Gewerkschaften angesetzt war. Darüber hinaus gingen beim Amt eine Mitteilung des Globalen Gewerkschaftsbunds IndustriALL und des Europäischen Gewerkschaftsbunds IndustriAll mit Datum vom 29. Januar 2026 sowie ein Schreiben des Europäischen Gewerkschaftsverbands für den Öffentlichen Dienst (EGÖD) und der Internationale der Öffentlichen Dienste (PSI) mit Datum vom 4. Februar 2026 ein. In beiden Schreiben wurden ähnliche Besorgnisse in Bezug auf den Reformprozess, die Notwendigkeit der vollständigen Einhaltung der internationalen Arbeitsnormen und die Grundsätze des dreigliedrigen sozialen Dialogs geäußert.¹⁹ Daraufhin erklärte das Amt in zwei separaten Schreiben an die KVPU und den Minister für Wirtschaft, Umwelt und Landwirtschaft erneut, dass die IAO den dreigliedrigen Konsultationen besondere Bedeutung beimesse und weiterhin bereit sei, Bemühungen zu unterstützen, die darauf abzielten, die Übereinstimmung der nationalen Arbeitsgesetzgebung mit den internationalen Arbeitsnormen zu gewährleisten. Das IAO-Büro in Kyjiw und die Zentrale verfolgen die Entwicklungen aufmerksam. Das Amt steht in engem Kontakt mit dem zuständigen Ministerium und anderen Entwicklungspartnern, um sicherzustellen, dass die IAO durch ihre Kommentare die Behandlung des Textes auf dreigliedriger Ebene während des parlamentarischen Verfahrens unterstützt.

10. Am 7. Januar 2026 verabschiedete die Regierung die Nationale Beschäftigungsstrategie 2030 samt einem begleitenden operativen Plan für 2026–28 als wichtiges Instrument für Erholung und Arbeitsmarktreform. Die unter Beteiligung der Sozialpartner entwickelte Strategie dient dazu, einen modernen und flexiblen Arbeitsmarkt zu gestalten, die Integration von bis zu 2 Millionen zusätzlichen Arbeitskräften zu erleichtern, Qualifikationsungleichgewichte zu beseitigen, die Wiedereingliederung von Veteranen zu unterstützen, unterrepräsentierte Gruppen zu aktivieren und die Arbeitsvermittlung zu digitalisieren. Das Amt unterstützte die Entwicklung und Einführung der Strategie durch fachliche Überprüfung und Anleitung im Hinblick darauf, ihre Ausrichtung an den internationalen Arbeitsnormen und den damit verbundenen Beschäftigungsgrundsätzen der EU zu stärken, den sozialen Dialog zu vertiefen und die institutionellen Kapazitäten zu erweitern.
11. Aufbauend auf zuvor gewährter Hilfe zum Thema Entgeltgleichheit unterstützte das Amt im Oktober 2025 eine dreigliedrige Strategiesitzung zu diesem Thema, die auf Ersuchen des Ministeriums abgehalten wurde, um den Entwurf des operativen Plans für die Umsetzung der nationalen Strategie zur Beseitigung des geschlechtsspezifischen Lohngefälles bis 2030 zu erörtern. An der Sitzung nahmen Vertreter der IAO, UN-Organisationen und Sachverständige aus der Wissenschaft teil. Die Regierung verabschiedete das Gesetz zur Unterstützung berufstätiger Eltern, mit dem eine finanzielle Entschädigung für vollzeitbeschäftigte Eltern von Kindern im Alter von 0 bis zu 3 Jahren für den Erwerb von Kinderbetreuungsleistungen eingeführt wurde. Zudem werden mit dem Gesetz individuell tätige Kinderbetreuungskräfte offiziell als zugelassene Leistungserbringer anerkannt, was ihren Übergang in die formelle Wirtschaft erleichtert und ihre Arbeitsbedingungen verbessert. Diese Reform ergänzt umfassendere Initiativen der IAO im Rahmen des von Sida finanzierten Projekts „Kinderbetreuung in der

¹⁸ KVPU, Schreiben vom 8. Januar 2026 und vom 2. Februar 2026.

¹⁹ Globaler Gewerkschaftsbund IndustriALL und Europäischer Gewerkschaftsbund IndustriAll, Schreiben vom 29. Januar 2026 sowie EGÖD und PSI, gemeinsames Schreiben vom 4. Februar 2026.

Ukraine: Ein systemischer Ansatz für einen Wiederaufbau zum Besseren“, das die Professionalisierung und Zertifizierung von Kinderbetreuungskräften und ihre Eingliederung in nationale Beschäftigungsprogramme unterstützt. Zudem war das Amt dem Ministerium für Sozialpolitik weiterhin dabei behilflich, die Rentenreform voranzubringen. Vorläufige Ergebnisse und das langfristig angelegte Basisrentenmodell wurden mit dem Ministerium und den Sozialpartnern erörtert. Im Anschluss an diese Konsultationen und auf Ersuchen des Ministeriums werden derzeit zusätzliche Reformszenarien für die erste Rentensäule entwickelt.

12. Entsprechend dem Ersuchen einiger Mitgliedsgruppen bei mehreren Tagungen des Verwaltungsrats im Jahr 2025 baute das Amt seinen sektorspezifischen Ansatz weiter aus. In Anbetracht der Bedeutung des Transportsektors und der Seeschifffahrt für Beschäftigung, Lieferketten und Handelskorridore während des Konflikts und in der Erholungsphase wurden analytische Arbeiten eingeleitet, die Informationen für entsprechende Politikmaßnahmen liefern sollen. Das demnächst erscheinende sektorspezifische Grundsatzdokument wird faktengestützte Empfehlungen für koordinierte Maßnahmen enthalten, die den operativen und personellen Herausforderungen für Unternehmen und Beschäftigte im Transportsektor nach einer Welle von Angriffen auf die Transport- und Hafeninfrastruktur der Ukraine Ende 2025 und Anfang 2026 Rechnung tragen. Parallel dazu wird eine am 30. Januar 2026 mit der Regierung des Königreichs der Niederlande unterzeichnete Vereinbarung den Arbeitsschutz, die Widerstandsfähigkeit der Arbeitskräfte und die institutionellen Kapazitäten im Energiesektor, einer für die Erholung und wirtschaftliche Stabilität äußerst wichtigen Branche, stärken.²⁰
13. Unter dem Dach der von Dänemark finanzierten Initiative zur Einrichtung lokaler Beschäftigungspartnerschaften (Local Employment Partnerships, LEP) unterstützte das Amt eine rasche Erholung und die Stärkung des sozialen Dialogs in Odessa und Mykolajiw. Die LEP wurden zu dreigliedrigen Koordinierungsplattformen weiterentwickelt, die die Abstimmung zwischen Arbeitsvermittlung, Qualifizierung, Unternehmensförderung und lokalen Arbeitsmarkterfordernissen verbesserten. Durch ergänzende Hilfe wurde die Kontaktarbeit mit Menschen gestärkt, die bei der Arbeitssuche mit mehrfachen Hindernissen zu kämpfen haben. Im Rahmen des Programms „Start and Improve Your Business“ wurden 180 Personen geschult und 60 Geschäftspläne durch Zuschüsse und Mentoring unterstützt.
14. Auf der Grundlage einer am 5. Dezember 2025 unterzeichneten Vereinbarung mit der Schweiz wird die IAO ein fünfjähriges Programm zur Förderung produktivitätsbezogener Ökosysteme für menschenwürdige Arbeit (April 2026 bis März 2031) durchführen. Das Programm wird die Arbeitsmarktsteuerung stärken, Ungleichgewichte auf dem Arbeitsmarkt beheben, die Mobilität steigern und die Arbeitsplatzqualität in ausgewählten Sektoren erhöhen, aber auch den dreigliedrigen Dialog fördern und das Produktivitätswachstum mit menschenwürdiger formeller Beschäftigung verknüpfen. Zudem wird es die Inklusion unterrepräsentierter Gruppen fördern und die Ökosysteme zur Unterstützung von KMU stärken.
15. Im Rahmen der UN-Agenda setzte sich das Amt weiter für soziale Gerechtigkeit und menschenwürdige Arbeit in der Ukraine ein. Als Ko-Vorsitzender der Gruppe für strategische Ergebnisse im Bereich menschenwürdige Arbeitsplätze und inklusives Wirtschaftswachstum unterstützte das Amt die Umsetzung des UN-Kooperationsrahmens für nachhaltige Entwicklung und festigte die interinstitutionelle Zusammenarbeit, wozu die Entwicklung eines gemeinsamen Programms zur Unterstützung einer raschen Stärkung der lokalen Arbeitskräfte gehörte.

²⁰ IAO, „ILO and the Government of the Netherlands launch a project to protect Ukrainians working in energy“, 2. Februar 2026.

Gewerkschaften

16. Die ukrainischen Gewerkschaften setzen ihre aktive Zusammenarbeit mit der IAO fort. Seit dem letzten Bericht erhöhte die Gesamtukrainische Gewerkschaft „Schutz der Gerechtigkeit“ in Charkiw ihre Mitgliederzahl um 51.
17. Die IAO stärkte weiterhin die institutionellen Kapazitäten der Gewerkschaften bei der Verhütung von Verstößen gegen Arbeitnehmerrechte, wobei die Frontregionen, darunter Charkiw, Dnipro und Odessa, besondere Aufmerksamkeit erhielten. Über ihr Portfolio der Entwicklungszusammenarbeit förderte die IAO die Einrichtung von Rechtsberatungsstellen, wo 594 Personen Rechtshilfe erhielten, während 699 Personen Angebote im Bereich der psychologischen und psychischen Unterstützung in Anspruch nahmen. Insgesamt erreichten die Projektaktivitäten in den Regionen Charkiw und Dnipro 2025 1.980 Menschen. Die Projektergebnisse bestätigen, dass der Bedarf an psychischer Unterstützung bei Gewerkschaftsmitgliedern, Erwerbstätigen, Binnenvertriebenen, Veteranen und ihren Familienangehörigen dringend ist und wächst. Als direkte Folge der Einrichtung der Rechtsberatungsstelle in Charkiw wurde eine neue Gewerkschaft für Beschäftigte im Sport gegründet. Ähnliche Rechtsberatungsstellen in Odessa und Izmail gewährten Rechtshilfe für 196 Seeleute, womit 2025 insgesamt 364 Seeleute erreicht wurden. Die Rechtsberatungsstelle der Gewerkschaft der Beschäftigten im Seeverkehr der Ukraine (MTWTU) wurde als strukturelle Einheit fest innerhalb der Gewerkschaft verankert und über die Projektlaufzeit hinaus in ihre regulären Abläufe eingebettet.
18. In Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft der Beschäftigten der Bau- und Baustoffindustrie der Ukraine (PROFBUD) erleichterte die IAO über ihr Haushalts-Zusatzkonto (HZK) die Durchführung eines maßgeschneiderten Schulungskurses für Beschäftigte und Arbeitsuchende im Baugewerbe. Ziel der Intervention war es, den Zugang zu Qualifizierungsmaßnahmen für vom Krieg betroffene Gruppen auszuweiten, darunter Frauen, die in nichttraditionelle Berufe des Baugewerbes einstiegen, Binnenvertriebene, die ihre feste Anstellung verloren hatten, Kriegsveteranen, die den Übergang ins zivile Leben vollzogen, und Menschen mit Behinderungen. Um Barrierefreiheit zu gewährleisten und ein inklusives Ausbildungsumfeld zu schaffen, unterstützte die IAO die Installation eines Rollstuhllifts im Schulungszentrum der PROFBUD.
19. Im Hinblick darauf, die institutionellen Kapazitäten der Sozialpartner in Odessa und Mykolajiw für eine wirksamere Beteiligung am sozialen Dialog zu stärken, nahmen 20 Arbeitnehmer- und 15 Arbeitgebervertreter an einem umfassenden Schulungsprogramm zu den Themen Führungsarbeit, strategische Entscheidungsfindung, Verhandlungsführung und effektive Kommunikation teil. Die bereits bestehende, mit Unterstützung der IAO entwickelte Politik der Gewerkschaften in Bezug auf Gewalt, Belästigung und Nichtdiskriminierung in der Arbeitswelt für die Region Kyjiw wurde aktualisiert, um der aktuellen Situation Rechnung zu tragen und psychische und psychosoziale Unterstützung sowie andere Belange einzubeziehen. Die Politik wurde mittlerweile von einem weiteren Arbeitgeberverband, dem Bund der Arbeitgeber der Region Kyjiw, übernommen.

Arbeitgeberverbände

20. Mit Unterstützung durch das gemeinsame Projekt von IAO und Belgien in der Ukraine und HZK-Mitteln ist die IAO den Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände weiterhin dabei behilflich, neue Dienstleistungen zur Bewältigung von Herausforderungen in Kriegszeiten zu entwickeln und zu operationalisieren und zugleich eine inklusive und nachhaltige Geschäftspraxis zu fördern.

- 21.** Im November 2025 rief der Verband der Arbeitgeber der Ukraine (FEU) die Initiative „Industrial Ramstein“ ins Leben.²¹ Der über eine Business-Matching-Plattform bereitgestellte Dienst unterstützt Industrieunternehmen dabei, internationale Partner zu ermitteln, Kontakte zu Lieferanten von Ausrüstungen zu knüpfen und Zugang zu bestehenden Wiederaufbau- und Finanzierungsinstrumenten zu erlangen. Die ersten Ergebnisse sind vielversprechend: Der Dienst wurde bislang von mehr als 150 ukrainischen Industrieunternehmen genutzt, darunter über 50 Unternehmen, die direkt an internationalen Missionen, Betriebsbesichtigungen und Messen beteiligt waren, sowie mehr als 90 Unternehmen, die an Online-Kontaktvermittlungs- und Informationsveranstaltungen teilnahmen. Insgesamt wurden 23 Offline- und Online-Aktivitäten mit Partnern aus Deutschland, Italien, der Schweiz, Belgien/EU und Japan unter Mitwirkung von mehr als 20 nationalen und internationalen Organisationen durchgeführt. Mit der Ausweitung des Dienstleistungsangebots wurde auch die Repräsentativität des FEU gestärkt, der im Berichtszeitraum neue Unternehmen als Mitglieder gewinnen konnte. Zudem wird der Dienst in enger Abstimmung mit dem ukrainischen Wirtschaftsministerium betrieben, wodurch das Engagement des FEU auf Unternehmensebene mit der politischen Führungsrolle des Ministeriums zur Unterstützung der industriellen Erholung verknüpft wird. Parallel dazu brachte der FEU durch gemeinsame Anstrengungen mit dem Ministerium für Wirtschaft, Umwelt und Landwirtschaft der Ukraine Änderungen an bestehenden Rechtsvorschriften auf den Weg und begann mit der Arbeit an neuen Vorschriften. Insbesondere trug die FEU zur Abfassung des Konzepts für das staatliche Programm „ReStart Business – zur Unterstützung von Unternehmen nach Beschädigungen durch Beschuss“ bei. Dieses Programm gibt wichtige Stoßrichtungen und Instrumente der staatlichen Unterstützung vor, darunter die Wiederherstellung von Produktionsanlagen, den Erhalt von Arbeitsplätzen, die Verlagerung von Unternehmen und andere Wiederaufbaumaßnahmen. Diese Bemühungen werden voraussichtlich fortgesetzt und zur Schaffung nachhaltiger institutioneller Mechanismen für die Wiederherstellung und den Wiederaufbau beschädigter Produktionsanlagen beitragen.
- 22.** Die Vereinigung der Arbeitgeberverbände der Ukraine (AEOU) schloss die Aktivitäten zur Einrichtung ihres Helpdesks für grüne Energie ab. Dabei handelt es sich um einen neuen Schulungs- und Beratungsdienst, der Unternehmen beim Übergang zu energieeffizienten und CO₂-armen Produktionsmodellen unterstützt.²² Über die Plattform können interessierte Unternehmen nun auf ein neun Module umfassendes, in Form von neun Online-Webinaren bereitgestelltes Schulungsprogramm zugreifen. Darüber hinaus wurde ein Tool für schnelle Energieaudits entwickelt und erprobt, und für ausgewählte Unternehmen wurden drei eingehende Machbarkeitsstudien durchgeführt, die konkrete, unternehmensspezifische Wege für die Einführung hybrider Energielösungen aufzeigen. Das Tool wurde von den Unternehmen positiv aufgenommen, gewinnt weiter an Zugkraft und dürfte in naher Zukunft stark nachgefragt werden.
- 23.** Der Bund der Arbeitgeber der Ukraine (CEU) schloss den Prozess des Ausbaus seines Dienstes zur Unterstützung von Arbeitgebern bei der effektiven Integration und Bindung von Menschen mit Behinderungen am Arbeitsplatz ab. Konkret wurden praktische Leitlinien für eine interne betriebliche Politik zur Inklusion von Menschen mit Behinderungen ebenso ausgearbeitet wie ein umfassendes Schulungsprogramm, das mit Arbeitgebern und öffentlichen Einrichtungen erprobt wurde.²³ Die bestehende Plattform Razom wurde weiterentwickelt und bietet nun

²¹ <https://industrial-ramstein.fru.ua/>.

²² <https://gehd.green.kyiv.ua/>.

²³ <https://pwd.employers.org.ua/ua/edu>.

Schulungsmaterialien und Tools für Selbstlern.²⁴ Der CEU beteiligte sich weiterhin aktiv am Politikdialog zur Unterstützung von Unternehmen, die Menschen mit Behinderungen beschäftigen.

24. Alle drei Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände wurden mit Nachhaltigkeitsplänen ausgestattet, die klare Wege zur eigenständigen Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung dieser Dienste aufzeigen, und erhielten Unterstützung zur Förderung ihrer Dienste.

► Aktuelle Informationen über die Bemühungen um Ressourcenmobilisierung für Länder in Mittel- und Osteuropa sowie in Osteuropa und Zentralasien

25. Im Einklang mit der auf der 344. Tagung des Verwaltungsrats angenommenen Entschließung setzte die IAO ihre fachliche Hilfe für die Mitgliedsgruppen in Osteuropa, in Zentralasien und im Südkaukasus im Rahmen der in früheren Berichten benannten Themenbereiche fort. Diese Hilfe wurde über das Fachunterstützungsteam für menschenwürdige Arbeit und das Landesbüro für Mittel- und Osteuropa (IAO DWT/CO-Budapest) bzw. für Osteuropa und Zentralasien (IAO DWT/CO-Moskau) sowie über Projekte der Entwicklungszusammenarbeit in der gesamten Subregion gewährt. Im Rahmen der fachlichen Zusammenarbeit wurden weiterhin verschiedenste Prioritäten verfolgt, darunter die Förderung der Arbeitsnormen, die Stärkung der Sozialschutzsysteme und die Förderung einer geschlechtergerechten und inklusiven Politik. Die laufenden Arbeiten in den Bereichen Arbeitsschutz, verantwortungsbewusstes unternehmerisches Handeln in Lieferketten, sozialer Dialog sowie Pflege- und Betreuungswirtschaft bilden nach wie vor ein zentrales Element des Engagements der IAO in der Region. Das Regionalbüro für Europa und Zentralasien beobachtet die Entwicklung der Lage und hält Kontakt mit den Mitgliedsgruppen und Gebern, um auf neue Bedürfnisse und Chancen reagieren zu können. Ein von der EU finanziertes Projekt zur Förderung menschenwürdiger Arbeit und zur Verhütung von Kinder- und Zwangsarbeit in Turkmenistan lief an. Sowohl in Albanien als auch in Usbekistan schreitet die Umsetzung der jeweiligen Projekte im Rahmen des Globalen Förderinstruments für Arbeitsplätze und Sozialschutz mit dem Ziel eines gerechten Übergangs voran, und in Usbekistan wird derzeit der Kompass für Sozialschutz und Beschäftigung der Weltbank (M-GA) eingeführt. Mit der kürzlich geschaffenen Position eines Leitenden Koordinators in Usbekistan wird das Amt seine Bemühungen um die Mobilisierung von Ressourcen verstärken.

► Situation der IAO-Bediensteten

26. Das Team in der Ukraine wächst weiter und besteht derzeit aus 26 Bediensteten, deren Zahl in den kommenden Monaten um mindestens weitere fünf steigen dürfte. Die sich verschlechternde Sicherheitslage und die Energiekrise, die durch gezielte Angriffe auf kritische Infrastruktur verursacht wurde, hatten zur Folge, dass bis zu 80 Prozent der Haushalte in Kyjiw und der Region bei Minustemperaturen ohne Heizung, Strom und in einigen Fällen auch ohne Wasser auskommen müssen. Dies hat die ohnehin schon schwierigen Arbeitsbedingungen noch

²⁴ <https://pwd.employers.org.ua/ua>.

verschärft und sich negativ auf die Arbeitsmoral und die psychische Gesundheit der Bediensteten ausgewirkt. Das Amt hat in der ersten Jahreshälfte weiterhin Sonderurlaub für Ortskräfte gewährt und entsprechend der UN-weiten Praxis Unterstützungsschreiben ausgestellt, um Bediensteten befristete Auslandsreisen zu ermöglichen. Zudem hat es die Nutzung seiner Räumlichkeiten als sicheren Zufluchtsort mit Wärme-, Warmwasser- und Stromversorgung angeboten, falls sich die Lebensbedingungen in den Wohnungen der Bediensteten verschlechtern sollten. Zusätzliche Abmilderungsmaßnahmen könnten erforderlich sein, und zwar sowohl im Rahmen der Sorgfaltspflicht gegenüber den Bediensteten als auch als Optionen, die es zur Wahrung der Geschäftskontinuität und der Leistungserbringung gegenüber den dreigliedrigen Mitgliedsgruppen zu erkunden gilt.

27. Trotz dieser außergewöhnlichen und extremen Umstände beweist das Team nach wie vor Widerstandsfähigkeit und ist weiterhin entschlossen, auch unter oft belastenden Bedingungen, darunter Schlafmangel, Programmsergebnisse zu erbringen.

► Bereiche für weitere Maßnahmen

28. Das Amt hielt weiterhin aktiv Kontakt mit den Partnern der Entwicklungszusammenarbeit durch bilaterale Konsultationen mit Botschaften und Partnerorganisationen in der Ukraine, so auch durch aktive Teilnahme an den jährlichen Geberkonsultationen in der IAO-Zentrale und den fortlaufenden Dialog mit Entwicklungspartnern und internationalen Finanzinstitutionen. Diese Beteiligungen wurden durch die Erarbeitung projektbezogener Konzeptpapiere und die Mobilisierung zusätzlicher Ressourcen unterstützt. Parallel dazu arbeitet das Amt gezielt an der Fertigstellung des Landesprogramms für menschenwürdige Arbeit (DWCP) für den Zeitraum 2026–29. Zu diesem Zweck wurde am 21. Oktober 2025 ein dreigliedriger Workshop zur Prioritätensetzung mit nationalen Mitgliedsgruppen der IAO organisiert, bei dem Fortschritte im Rahmen der Übergangskooperationsstrategie überprüft und Prioritäten für den nächsten Vierjahreszeitraum benannt wurden. Die Einführung des fertiggestellten DWCP ist für Anfang des zweiten Quartals 2026 geplant. Zugleich wurden die Bemühungen um den Abschluss eines Gastlandabkommens fortgesetzt, das die operative Kapazität des Amtes stärken und einen solideren Rahmen für die Erbringung von Unterstützungsdiensten der IAO in der Ukraine schaffen würde.
29. Um menschenwürdige Arbeit, Formalisierung und inklusive Beschäftigung voranzubringen, ist eine fortgesetzte Unterstützung in zentralen Bereichen, insbesondere bei den Arbeitsvermittlungsdiensten und der Arbeitsaufsicht, erforderlich. Während des Besuchs der Leiterin des IAO-Büros in Kyjiw im Januar hoben die Gewerkschaften in Mykolajiw und Odessa den sich verschlimmernden Arbeitskräftemangel, die Schwierigkeiten bei der Eingliederung von Veteranen, Binnenvertriebenen und Frauen in den Arbeitsmarkt, den anhaltenden Bedarf an psychischer und psychosozialer Unterstützung (MHPSS) sowie die begrenzten Schulungsmöglichkeiten zur Behebung von Qualifikationslücken hervor. Ebenso betonten die Arbeitgeber die Notwendigkeit, den verschärften Arbeitskräftemangel, insbesondere bei Fachkräften, sowie die Herausforderungen bei der Integration von Kriegsveteranen in den Arbeitsmarkt, darunter den anhaltenden Bedarf an MHPSS, anzugehen.

► Beschlussentwurf

- 30.** Im Lichte der in der Vorlage GB.356/INS/10 dargelegten Entwicklungen in der Ukraine und der auf seiner 344. Tagung (März 2022) angenommenen EntschlieÙung über die Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine unter dem Aspekt des Mandats der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) sowie unter Berücksichtigung der auf seiner 356. Tagung geführten Diskussionen und erteilten Leitvorgaben hat der Verwaltungsrat
- a) von den in der Vorlage enthaltenen Informationen Kenntnis genommen;
 - b) seine überaus tiefe Besorgnis über die anhaltende, von der belarussischen Regierung unterstützte Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine und ihre aktuellen Auswirkungen auf die dreigliedrigen Mitgliedsgruppen – Arbeitnehmer, Arbeitgeber und die demokratisch gewählte Regierung – in der Ukraine sowie auf die Arbeitswelt außerhalb der Ukraine bekräftigt;
 - c) die Russische Föderation erneut nachdrücklich aufgefordert, ihre Aggression unverzüglich und bedingungslos einzustellen und ihre Truppen aus der Ukraine abzuziehen;
 - d) die Russische Föderation nachdrücklich aufgefordert, in Übereinstimmung mit dem vom Sachverständigenausschuss auf seiner 95. Tagung (25. November bis 7. Dezember 2024) formulierten Ersuchen alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um für eine wirksame Durchführung des Übereinkommens (Nr. 155) über den Arbeiterschutz, 1981, und des Übereinkommens (Nr. 115) über den Strahlenschutz, 1960, einschließlich des Schutzes der Arbeitnehmer vor ionisierenden Strahlen bei ihrer Arbeit, zu sorgen, und den vollen Schutz durch die anwendbaren IAO-Instrumente zu gewährleisten;
 - e) erneut seine uneingeschränkte Unterstützung für die dreigliedrigen Mitgliedsgruppen in der Ukraine bekundet und den Generaldirektor ersucht, weiterhin auf die Bedürfnisse der Mitgliedsgruppen in der Ukraine einzugehen und die Bemühungen der IAO um Ressourcenmobilisierung auszuweiten, auch im Rahmen der anstehenden internationalen Geberkonferenzen für Erholung und Wiederaufbau;
 - f) den Generaldirektor ersucht, die Bemühungen um Ressourcenmobilisierung für andere betroffene Länder Osteuropas und Zentralasiens weiter zu verstärken;
 - g) den Generaldirektor ersucht, die Auswirkungen der Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine auf die Arbeitswelt weiterhin zu überwachen und dem Verwaltungsrat auf seiner 357. Tagung (Juni 2026) über die Entwicklungen vor dem Hintergrund der EntschlieÙung, namentlich über die fortdauernde Zusammenarbeit der IAO mit den maßgeblichen mit der Überwachung von Menschenrechtsverletzungen befassten Organen der Vereinten Nationen und über die Situation der Beschäftigten, die besonders von bewaffneten Konflikten betroffen sind, Bericht zu erstatten.